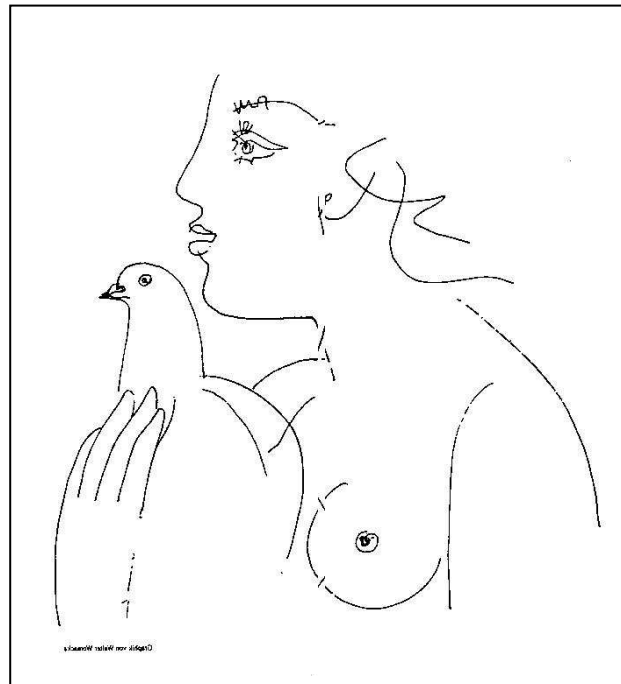


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 116



Sprache als Mittel zur Rechtfertigung von Kriegen

von

Professor Dr. Ernst Woit

Mit Hilfe der Sprache haben die herrschenden Eliten in der Vergangenheit immer wieder versucht Ziele und Interessen bei der Vorbereitung und Führung von Kriegen zu verschleiern.

In seinem Vortrag, den uns der Autor zur Verfügung stellte, geht er diesem Problem des Missbrauchs der Sprache insbesondere im Hinblick auf die Rechtfertigung von Kriegen nach und gibt damit wichtige Hinweise für Erkenntnisgewinn und politische Argumentation in der Friedensarbeit.

Ich gehe bei der Auseinandersetzung mit der Problematik der Kriegsrechtfertigung grundsätzlich davon aus, dass jene Politiker, die ihre Interessen mittels Krieg durchsetzen wollen, der Öffentlichkeit auf diese oder jene Weise immer wieder einzureden versuchen, dass nicht alle Menschen und Völker gleichwertig seien und nicht die gleichen Rechte haben können. Das ist gewissermaßen der weltanschauliche Kern jeglicher Kriegsideologie, denn insbesondere daraus resultiert letztlich die Bereitschaft, andere Menschen durch den Krieg und im Kriege zu töten.

Tatsächlich beweist die Geschichte aller Kriege, dass das *Feindbild* stets das Zentrum jeglicher Kriegsideologie bildet und damit auch bestimmend für die *Sprache* als Mittel der Kriegsrechtfertigung ist. Sybil Wagner definiert diese zentrale Bedeutung des Feindbildes für die Sprache zur Kriegsrechtfertigung so: „Im Unterschied zum real existierenden Feind ist das *Feindbild* Teil der ‚virtuellen‘ Welt der Wörter und Vorstellungen. ... Wirkungsmächtig wird es durch die komplexen Emotionen, die es auslöst. Der Hintergrund ist Angst, die nicht dem realen Gegner anhaftet, denn dieser ist auf jeden Fall ein Mensch, sondern vom Feindbild auf ihn gelenkt wird, wie ein hartes, die menschlichen Züge entstellendes Licht. ... Gleichzeitig – das ist scheinbar ein Widerspruch, denn nur das Überlegene ist gefährlich – wertet das Feindbild den Gegner ab: Er ist schlechter als wir, taugt nichts. Diese Abwertung ist insofern Teil der Konditionierung zum Angriff, als sie moralisch entlastet. ... Gleichzeitig

wurde die Unterscheidung zwischen legalem und illegalem Töten eingeführt.“ (1)

Für den namhaften US-amerikanischen Außenpolitiker J. William Fulbright liefert die kriegsideologische Wirkung des Feindbildes die Erklärung „für die Tatsache, dass brave und anständige Amerikaner, die ihren Nachbarn bei Krankheit oder Unglück beistehen würden, den Russen die Zugehörigkeit zur Menschheit absprechen, die Zahl der pro Woche getöteten Vietkong feiern oder – in den Tagen vor der Annäherung – von den Chinesen nicht als Menschen, sondern als Horden von blauen Ameisen sprechen konnten. Wir hegen nicht eigentlich grausame Absichten gegenüber denen, die unsere Überzeugungen nicht teilen, sondern wir können sie vielmehr gar nicht als richtige Menschen betrachten.“ (2)

Eine aufschlussreiche Argumentation zur Rechtfertigung einer von den reichsten kapitalistischen Staaten beherrschten *Neuen Weltordnung* entwickelte der ehemalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf in seinem 2000 erschienenen „deutschen Tagebuch“. Darin hatte er unter dem 31. Mai 1990 notiert: „Zunehmend habe ich den Eindruck, dass unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im Zenit ihrer Entwicklung angelangt ist. Im Grunde hat sie damit keine Zukunftsperspektive mehr. Die Art, wie wir leben ist nicht verallgemeinerungsfähig. Wir können unsere materiellen Ansprüche an die Erde und ihre Ressourcen nicht auf die große Mehrheit der Menschheit übertragen. ... Das heißt aber, dass die Fortführung unserer Lebensweise nur möglich ist, wenn sie auch in Zukunft einer privilegierten Minderheit, den hochentwickelten Industrienationen, vorbehalten bleibt.“ (3)

Erster Krieg zur *Neuordnung der Welt* nach dem Untergang des von der Sowjetunion geführten Warschauer Vertrages war im Frühjahr 1999 die offiziell ganz anders begründete Aggression der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Wie dieser

1 S. Wagener: Feindbilder. Berlin 1999, S. 28.

2 J. W. Fulbright: Im Zeichen des Sternenbanners. US-Politik seit 1945. München 1991, S. 256.

3 K.H. Biedenkopf: 1989 - 1990. Ein deutsches Tagebuch. Berlin 2000, S.224.

Angriffskrieg damals durch eine geradezu advokatische Wortwahl gerechtfertigt wurde, demonstriert die Fernsehansprache, die der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder am 24. März 1999, dem Tag des Kriegsbeginns, hielt. Sie hatte folgenden Wortlaut: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Die jugoslawischen Sicherheitskräfte haben ihren Terror gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo allen Warnungen zum Trotz verschärft. Die internationale Staatengemeinschaft kann der dadurch verursachten menschlichen Tragödie in diesem Teil Europas nicht tatenlos zusehen. Wir führen keinen Krieg. Aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen...“ (4)

Bundeswehr-General Heinz Loquai, der 1998/99 die Gruppe der Militärberater bei der deutschen OSZE -Vertretung in Wien leitete, erläuterte und kritisierte in einem Interview die sprachliche Konstruktion dieser Rechtfertigung eines Angriffskrieges gegen Jugoslawien: „Vom Verteidigungsministerium wurde die argumentative Marschroute ausgegeben, dass es sich bei den Luftschlägen der NATO nicht um Kriegshandlungen handeln würde, schließlich habe es ja keine Kriegserklärung gegeben. Wenn man diese Argumentation gelten lässt, dann waren Hitlers Überfälle auf Polen und auf die Sowjetunion auch keine Kriege. Darin zeigt sich die ganze Fragwürdigkeit dieses Arguments.“ (5) In einem anderen Interview wies General Loquai - gestützt auf seine genaue Kenntnis der damaligen Lage - nach, dass damals im Kosovo keine humanitäre Katastrophe drohte: „Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Lagedarstel-

4 Nach: H. Loquai: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Baden-Baden 2000, S.9.

5 Unsere Zeit, Essen, 8. 12. 2000, S.6.

lung das Führungszentrum der Bundeswehr am 25. März, einen Tag nach Kriegsbeginn, dem Verteidigungsministerium und dem Auswärtigen Ausschuss gibt, wenn man liest, was die militärischen Nachrichtenexperten am 24. März in einer Lageanalyse feststellen, wenn man den Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 19. März sieht – dies alles ist ja inzwischen auch veröffentlicht – dann kann man konstatieren: Keine dieser Quellen bietet einen Anhalt dafür, dass eine Völkermordsituation vorlag oder dass zu dieser Zeit groß angelegte, massenhafte, systematische Vertreibungen der Albaner aus dem Kosovo erfolgten. Die großen Flüchtlingsströme begannen nach dem Kriegsbeginn.“ Gefragt, ob er noch konkrete Zahlen über Opfer im Kosovo nennen könne, antwortete General Loquai: „ Es gibt eine Statistik der OSZE, die im einzelnen registriert hat, wie viele Menschen im Kosovo in der Zeit vom Dezember 1998 bis März 1999 gewaltsam ums Leben kamen. Dies waren zum Beispiel vom 1. Bis 19. März 39 Menschen. Etwa ein Drittel der Getöteten waren serbische Polizisten und jugoslawische Soldaten, etwa ein Drittel Kämpfer der UCK, die anderen waren serbische und albanische Zivilisten.“ (6)

Den eigentlichen *globalstrategischen* Hintergrund des Aggressionskrieges der USA und der NATO gegen Jugoslawien erhellt eine vom Außenministerium der USA Anfang Mai 2000 in Bratislava durchgeführte geheime Konferenz hochrangiger Politiker der NATO, an der der deutsche CDU-Politiker Willy Wimmer, damals Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE teilnahm. Wimmer informierte Bundeskanzler Schröder über diese Konferenz und gelangte dabei zu der Einschätzung: „Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewusst und gewollt die als Ergebnis von 2 Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt.“ (7)

6 Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin, Nr.3/2001, S. 293.

7 Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin, Nr. 9/2001, S.1060.

Dass der Krieg gegen Jugoslawien *globalstrategisch* die von den USA nach dem Untergang der Sowjetunion angestrebte Beherrschung der gesamten *eurasischen Region* einleiten sollte, wird durch die Tatsache unterstrichen, dass der US-Kongress am 19. März 1999, also fünf Tage vor dem Beginn der Bombardierung Jugoslawiens das sogenannte Seidenstraßenstrategiegesetz (*Silk Road Strategy Act*) beschloss. Diese *Seidenstraßenstrategie* markiert die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA an der Beherrschung einer riesigen Region, die sich vom Mittelmeer bis nach Zentralasien erstreckt, weil, wie es der US-Strategie Zbigniew Brzezinski unter Berufung auf den deutschen Geopolitiker Karl Haushofer ausdrückt, „eine Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent noch heute die Voraussetzung für globale Vormachtstellung ist.“ (8)

Ein Hauptziel dieser auf Weltherrschaft zielenden neuen Globalstrategie der USA und ihrer Verbündeten ist es, die Ergebnisse des antikolonialen Befreiungskampfes der Völker in der sog. *Dritten Welt* wieder rückgängig zu machen. Kontrolliert doch zum Beispiel die 1960 von den Regierungen Iraks, Irans, Kuwaits, Saudi-Arabiens und Venezuelas gegründete OPEC, der sich sehr bald noch die Vereinigten Arabischen Emirate, Indonesien, Libyen, Algerien, Nigeria und Katar anschlossen, inzwischen 80 Prozent der weltweit nachgewiesenen Rohölreserven.

Präzedenzfall für das Rückgängigmachen der Entkolonisierung wurde der Irak, gegen den vor allem die USA und Großbritannien über viele Jahre auf die unterschiedlichste Art Krieg führten. Über zwölf Jahre vor der Invasion im Jahre 2003 wurden unter dem Druck der USA und Großbritanniens durch den UN-Sicherheitsrat die schärfsten Wirtschaftssanktionen, die je über ein Land verhängt wurden, immer wieder verlängert. Im Ergebnis dieser Wirtschaftssanktionen verstarben mindestens 1,5 Millionen Iraker an Hunger und nicht behandelten Krankheiten, darunter mindestens 500 000 Kinder. Zu diesen schlimmen

8 Z. Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Weinheim u. Berlin 1997, S. 64.

Folgen - faktisch einem Genozid - befragt, erklärte die Außenministerin der USA, Madeleine Albright, „dass die Sanktionen diesen Preis wert sind.“ Diese Genozid-Rechtfertigung hat Madeleine Albright selbst in ihrem 2006 erschienenen Buch „Der Mächtige und der Allmächtige“ noch einmal ausdrücklich bekräftigt! (9)

Neben den Wirtschaftssanktionen war der Irak in dieser Zeit Zielgebiet für nahezu tägliche willkürliche Bombardements durch US-amerikanische und britische Luftstreitkräfte. In der viertägigen Operation „Wüstenfuchs“ im Dezember 1998 wurden nicht weniger als 600 Angriffe auf Bagdad und die umliegende Infrastruktur geführt, wobei über 400 Cruise Missiles eingesetzt und etwa 1600 Zivilisten getötet wurden.

All das war möglich, wurde von der Weltöffentlichkeit mehrheitlich akzeptiert, weil inzwischen ein spezifisches Feindbild massenhaft produziert worden war, in dem Saddam Hussein und der Irak für das Denken und Fühlen dieser Öffentlichkeit außerhalb des Völkerrechts gestellt waren. Es gelang den Kriegsideologen der USA, wie es der Völkerrechtler Norman Paech einschätzte, durch eine raffiniert inszenierte Feindbild-Propaganda, den Irak „im Bewusstsein der atlantischen Bevölkerung zu einer Region zu reduzieren, für welche die Grundsätze und Prinzipien der UNO-Charta nicht mehr gelten, wo alles erlaubt ist, um ein Regime zu stürzen, welches sich der US-amerikanischen Außenpolitik in den Weg stellt.“ (10)

Ein Höhepunkt dieser Feindbild-Propaganda war die „*Brutkastenlüge*“, wonach irakische Soldaten im Juli 1990 in einem Kuwaiter Krankenhaus 312 Babies aus den Brutkästen gerissen und auf den Fußboden geworfen haben sollen. Als angebliche Krankenschwester und Zeugin dafür trat eine junge Frau am 10. Oktober 1990 vor dem Menschenrechtsausschuss des US-Kongresses und am 27. November 1990 vor dem UN-Sicherheitsrat auf. Zwei Tage später verabschiedete der Sicher-

9 M. K. Albright: *Der Mächtige und der Allmächtige*. München 2006, S.73.

10 N. Paech: *Beginn einer neuen Weltordnung*. In: R. Göbel/J. Guilliard: *Der Irak. Ein belagertes Land*. Köln 2001, S.14.

heitsrat die Resolution 678, mit der die UN-Mitgliedstaaten zur gewaltsamen Befreiung Kuwaits ermächtigt wurden. Danach stellte sich heraus, dass es ein raffiniert inszeniertes Lügenmärchen war und dass es sich bei der jungen Frau nicht um eine Krankenschwester und Tatzeugin, sondern um die Tochter des kuwaitischen Botschafters handelte, die für ihre Auftritte von der US-amerikanischen Werbeagentur *Hill and Knowlton* vorbereitet worden war. (11)

Mit der Verabschiedung des „*Iraq Liberation Act*“ am 28. September 1998 hatte der US-Kongress bereits höchst offiziell einen Regierungswechsel im Irak zum strategischen Ziel der USA erklärt. Das spektakulärste Manöver zur internationalen Rechtfertigung eines Angriffskrieges gegen den Irak inszenierten die USA am 5. Februar 2003 mit einem Achtzig-Minuten-Auftritt ihres Außenministers Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat, wo er wider besseres Wissen eine Bedrohung der ganzen Welt durch die *Massenvernichtungswaffen* des Irak behauptete, die dann bei Besetzung des Irak bekanntlich nicht gefunden wurden. Aber zunächst einmal beeindruckte Colin Powell - nicht zuletzt, weil er auch als hochqualifizierter Militärstratege bekannt war - durch seine vor diesem hohen Gremium dargebotenen Kriegslügen die anderen anwesenden Außenminister.

Um was es den USA mit dem Krieg gegen den Irak wirklich ging, erklärte James Woolsey, der 1993/94 Chef der CIA war, Anfang 2003 in einem Interview mit dem deutschen Nachrichten-Magazin „Der Spiegel“ recht eindeutig so: „Wir müssen dem Nahen Osten die Ölwanne wegnehmen. ... Unglücklicherweise verfügen nicht Demokratien wie Israel über Öl, sondern autoritäre Regierungen. ... Man braucht eine langfristige Strategie. ... Wir fangen jetzt mit dem Irak an, weil Saddam am tückischsten und gefährlichsten ist.“ (12)

Besonders prägnant definierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ das Ziel des nun von den USA und ihren Verbündeten geführten Angriffskrieges, als sie am Tage des Einmarsches der

11 S.u.a.: J. Rose: Ernstfall Angriffskrieg. Hannover 2009, S. 201 f.

12 Der Spiegel, Hamburg, Nr. 4/2003, S. 109.

US-Streitkräfte in den Irak in einem redaktionellen Artikel verkündete: „Der Irak soll als Feind verschwinden, indem die Amerikaner ihn mit imperialen Mitteln neu gründen. Die Verwerfungen der postkolonialen Zeit werden durch einen neuen demokratischen Kolonialismus zugeschüttet.“ (13) Im gleichen Streben, den Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen, sah der Politologe Richard Herzinger mit diesem Krieg eine ganze „*neokolonialistische Epoche*“ beginnen, die erst enden könne, wenn sie weltweit gesiegt habe. (14)

Ein anderer deutscher Kriegsideologe, Alexander Schuller, bezeichnete anlässlich der neokolonialistischen Aggression gegen den Irak die auf der UNO-Charta beruhende multipolare Weltordnung allen Ernstes als „Gefahr für den Weltfrieden“ und forderte statt der UNO eine hegemonial von den USA beherrschte neue Weltordnung zu schaffen: „Irak ist nur der erste Schritt auf diesem langen, verantwortungsvollen und vielleicht auch blutigen Weg. Dieser Hegemon kann ... nur eine einzige Macht sein: Die Vereinigten Staaten. ... Das Imperium Americanum ist unsere Chance. Eine andere haben wir nicht.“ (15) Auch Christan Hacke, viele Jahre Professor an der Hamburger Universität der Bundeswehr, inzwischen an der Bonner Universität, propagierte im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg die „Pax Americana“ – und damit das Ende UNO – als gleichsam einzige Weltfriedens-Chance – indem er formulierte: „Wer von der amerikanischen Hegemonie nichts wissen will, der kann die Hoffnung auf Weltfrieden begraben.“ (16) Es ist schon eine genau darauf zielende *Sprachregelung*, wenn der Stellvertretende Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Gerhard Wahlers, noch im Juni dieses Jahres in der außenpolitischen Zeitschrift dieser Stiftung auf die „*Weltordnungsmacht USA*“ verweist. (17)

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt/M. 20.3.2003, S.37.

14 R. Herzinger: Wo Demokraten schießen. In: Die Zeit, Hamburg, Nr.25 , 12.6.2003, S. 8.

15 A. Schuller: Wir brauchen das Imperium Americanum. In: FAZ, 9.3.2003, S. 11.

16 Ch. Hacke: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Berlin. Nr. 24- 25/2003 v. 10. 6. 2003, S. 16

17 KAS Auslandsinformationen, Berlin, Nr. 6/2012, S. 4.

Eine sprachlich besonders raffinierte Variante zur Rechtfertigung ihrer eindeutig völkerrechtswidrigen militärischen Interventionen ist das Konzept *Responsibility to Protect (RtoP)*, nach dem solche Kriege wie der gegen Jugoslawien, den Irak und Afghanistan als Kriege zur Wahrnehmung einer *Schutzverantwortung* oder *Schutzverpflichtung* erscheinen sollen. Zwar nahm die UN-Generalversammlung vom 14. September 2005 dieses Konzept in ihre Resolution auf, empfahl jedoch deren weitere Prüfung. Auch die UN-Generalversammlung vom 14. September 2009 verfuhr so, betonte aber, dass *RtoP* kein neuer völkerrechtlicher Grundsatz sei. Das hinderte die NATO jedoch nicht daran, genau damit ihre mehr als 10.000 Luftangriffe zu rechtfertigen, mit denen sie 2011 in den Bürgerkrieg in Libyen eingriff. Zu Recht betont der Münchener Wissenschaftshistoriker und Friedensforscher Volker Bialas in diesem Zusammenhang auf dem jüngsten Symposium der *Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS)*: „Die Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates ist völkerrechtlich verboten. ... Durch das *RtoP* - Konzept soll das Souveränitätsprinzip eines Staates völkerrechtlich in Frage gestellt werden.“ (18) Eindeutig auch Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt. Er sei sehr skeptisch, wenn er „das neue Schlagwort der *responsibility to protect* höre. Dieses Prinzip propagiert einen Verstoß gegen geltendes Völkerrecht.“ (19)

Besondere Anstrengungen zur ideologischen Rechtfertigung von Kriegen müssen dann unternommen werden, wenn die Bevölkerung mehrheitlich Kriege ablehnt. Das trifft zweifellos auf das heutige Deutschland zu. Unmittelbar nach dem Anschluss der DDR forderte der Historiker Herfried Münkler deshalb von dieser Bundesrepublik, sie müsse „den Krieg wieder denken“ lernen. Vorher hatte er unter Berufung auf Jürgen Habermas eingeschätzt, in der Bundesrepublik beherrschen die ‚*Gesinnungspazifisten*‘ und die ‚*Rechtspazifisten*‘ die öffentliche

18 V. Bialas: Zur Begründung des friedenspolitischen Geltungsanspruchs der internationalen Rechtsordnung. In: Globale Machtordnung oder globale Friedensordnung? DSS-Arbeitspapiere, H. 105, Dresden 2012, S.73.

19 ZEITMAGAZIN, Hamburg, Nr. 38/2012, S. 50.

Auseinandersetzung. (20) Jörg Lau schätzt angesichts der zahlreichen neue Kriege rechtfertigenden Publikationen Münklers bereits 2003 ein, das dieser Historiker in der Bundesrepublik Deutschland zum „Stichwortgeber für den Generalstab der Bundeswehr und den Planungsstab im Auswärtigen Amt“ geworden ist. (21)

Um die Deutschen für den Afghanistan-Krieg zu gewinnen, hatte der SPD-Politiker Peter Struck bekanntlich die sprachlich raffiniert konstruierte Formel erfunden, „Die Interessen Deutschlands werden auch am Hindukusch verteidigt“. Im Frühjahr 2008 gab er öffentlich zu: „Es ist völlig klar, dass die SPD, aber auch die Union, die FDP und weite Teile der Grünen mit der klaren Unterstützung des Afghanistan-Einsatzes gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung stehen.“ (22) Im Sommer 2009 beantwortete er in einem Interview die Frage, was von ihm bleiben würde so: „Zunächst mal das ‚Strucksche Gesetz‘. Und der Satz: Unsere Freiheit wird auch am Hindukusch verteidigt. Der Satz stimmt immer noch. Es ärgert mich, dass die Deutschen diesen Militäreinsatz so wenig unterstützen.“ (23)

Sprachlich bemerkenswert ist, wie in den letzten Jahren z.B. das einflussreiche deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ mit dem Begriff „Töten“ immer wieder darauf hingewirkt hat, ausgehend vom Beispiel des Afghanistan-Krieges weltweite Kampfeinsätze auch der deutschen Bundeswehr als ganz normale Aktivitäten erscheinen zu lassen. Am 20. November 2007 hieß es auf dem Titelblatt des „Spiegel“: „Die Deutschen müssen das Töten lernen. Wie Afghanistan zum Ernstfall wird.“ Am 30. November 2009 erschien „Der Spiegel“ mit einem Titelblatt, auf dem es hieß: „Wann dürfen Deutsche töten? Die Bundeswehr, Afghanistan und der Krieg im 21. Jahrhundert.“ Am 19. April 2010 verkündete das „Spiegel“- Titelblatt: „Im Krieg. Deutsche Soldaten über das Töten und Sterben in Afghanistan.“

20 H. Münkler: Den Krieg wieder denken. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/1999, S.678.

21 J. Lau: Der Ein-Mann-Think-Tank. In: Die Zeit, Hamburg, Nr.45 v. 30.10.2003, S.28.

22 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Frankfurt/M., 16.3.2008.

23 Die Zeit. Hamburg. Nr. 31 v. 23. 7. 2009, S. 6

Aus heutiger Sicht ist mit dieser systematischen sprachlichen Gestaltung bewusst und zielstrebig das Ziel verfolgt worden, die Menschen in unserem Lande darauf einzustellen, dass Krieg inzwischen auch für die herrschende Klasse der Bundesrepublik Deutschland wieder ein normales Mittel der Politik ist. Immerhin hat Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière am 1. Juli dieses Jahres im MDR-Hörfunk erklärt, Auslandseinsätze der Bundeswehr seien grundsätzlich überall möglich, es gebe weltweit keine Region, wo deutsche Soldaten nichts zu suchen haben. Und das, obwohl – wie der Theologe und Friedensethiker Joachim Garstecke richtig feststellt – sich die Ziele des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr „als weitgehend unerreichbar herausgestellt“ haben. Denn: „Nach zehn Jahren Krieg verteidigt die Bundeswehr in Afghanistan überwiegend nur noch sich selbst.“ (24)

24 J. Garstecke: In der Kriegs-Falle. In: Publik-Forum. Oberursel. Nr. 14/2012, S.15.